

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Die Welt spinnt – wir halten dagegen
von Christoph Blocher

Seite 2

Kanton Zürich

Keine goldenen Fallschirme für Behördenmitglieder
von Camille Lothe

Seite 3

Aktuell

Das war die 36. Albisgüetli-Tagung
von Daniel Rickenbacher

Seite 4–5

Parlamentsgemeinden

Abbau von Parkplätzen – nicht mit uns!
von Patrick Walder

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

31. Januar:
Abstimmungspodium in Winkel

Seite 8

ABSTIMMUNGEN VOM 3. MÄRZ 2024

Abstimmungskampf zur Anti-Chaoten-Initiative geht in die heisse Phase

Obwohl Bewilligungen einfach zu erhalten sind, nimmt die Zahl unbewilligter Demonstrationen seit Jahren zu – mit exzessiven Kosten für die Allgemeinheit. Die Anti-Chaoten-Initiative möchte dies angehen. Die Argumente der Gegner sind nicht stichhaltig.

Am 3. März stimmt die Zürcher Bevölkerung über die Anti-Chaoten-Initiative und den Gegenvorschlag ab. Auch die Gegner bringen sich in Stellung und führen Argumente ins Feld, welche einer genaueren Prüfung nicht standhalten. Da der Abstimmungskampf nun in die heisse Phase geht, möchte ich Ihnen die wichtigsten Argumente mit auf den Weg geben.

Beeindruckende Zahlen

Die Zahlen aus der Stadt Zürich sprechen für sich. Die Anzahl unbewilligter Demonstrationen und Kundgebungen nimmt stetig zu. Waren es 2015 noch 48, waren es 2020 bereits 112 und 2021 mit 110 ebenfalls deutlich mehr. Kein Wunder musste die Stadtpolizei Zürich in den Jahren 2021 und 2022 dafür insgesamt 73 702 Einsatzstunden aufwenden. Vergleichen wir dies mit einer Wochenarbeitszeit von 42 h, entspricht diese Zahl gut 34 Vollzeitstellen nur für Demonstrationen. Die Kosten dafür summierten sich 2015–2022 auf stolze CHF 23 970 000.– und lagen 2022 um 44 % höher als noch 2015.



Sandro Strässle

Präsident Junge SVP Kanton Zürich
Dietikon

Bestehendes Gesetz wird nicht angewandt

Die Gegner behaupten, es bräuchte die Initiative nicht – diese Kosten könnten schon heute verrechnet werden. Diesen Gesetzesartikel gibt es tatsächlich. Er ist jedoch sehr offen formuliert und wenn wir uns bisherige Bundesgerichtsurteile ansehen, ist es fraglich, ob dieser so tatsächlich angewandt werden kann. Ein Grund, warum wir dies bis heute nicht wissen, ist die Stadt Zürich. Diese hat den Artikel noch nie angewandt. Die heutige Regelung ist definitiv nicht ausreichend.

Es geht um Gerechtigkeit

Die Gegner verschweigen oft, dass nur Teilnehmer oder Veranstalter von unbewilligten Demonstrationen zur Kasse gebeten werden sollen, und sprechen ganz allgemein von Demonstrationen. Selbst auf der Abstimmungsseite des Kantons Zürich wird dies in der Kurzzusammenfassung nicht erwähnt. Fakt ist: Die Anti-Chaoten-Initiative schützt legal Demonstrierende sogar vor Chaoten. Eine der Forderungen ist, dass auch, wer bewilligte Veranstaltungen durch Gewaltausübung oder Sachbeschädigung stört, für die entstehenden Kosten aufkommen soll.

Im Kern der Initiative geht es um Fairness und Rücksichtnahme gegenüber den Mitmenschen. Die Chaoten schränken diese in ihrer Bewegungsfreiheit

ein. Privater und öffentlicher Verkehr kann nicht rechtzeitig umgeleitet werden. Zudem sind die Kosten für Sachschäden und Polizeieinsätze deutlich höher als bei bewilligten Demonstrationen.

Bewilligungen erhält man mühelos

Dabei wäre es so einfach, dies zu vermeiden. Eine Bewilligung für eine Demonstration kann bis 72 Stunden vor dem Anlass eingeholt werden und kostet weniger als CHF 200.–. Dass diese Bewilligungen auch erteilt werden müssen, wurde bereits in diversen Bundesgerichtsurteilen festgehalten. So konnte eine pro-kurdische Demonstration am vergangenen Samstag völlig legal um ca. 14.30 Uhr an der Bahnhofstrasse abgehalten werden. Den Inhalt der Demonstration werde ich nicht, aber der Vorfall zeigt: Wer den kleinen Aufwand für eine Bewilligung in Kauf nimmt, darf auch zur besten Zeit mitten in der Stadt legal demonstrieren.

Wer illegal demonstriert, weiss das

Das Argument, dass Unbeteiligte ohne Schuld mithaften müssten, hält der Realität nicht stand. Bei unbewilligten Demonstrationen macht die Stadtpolizei jeweils darauf aufmerksam, dass die Demonstration unbewilligt ist – oft tun dies sogar die Veranstalter. Wer sich dennoch an einer solchen Demonstration beteiligt, wird stets mehrfach



Wer mit illegalen Demonstrationen Kosten verursacht, soll diese auch übernehmen.

Bild: ZVG

dazu aufgefordert, sich zu entfernen und erhält dazu ausreichend Zeit. Wer sich selbst dann noch nicht entfernt, wenn Gewalt gegen Menschen und Objekte ausgeführt wird und den Chaoten sogar noch den Schutz der Masse bietet, haftet dann auch zu Recht mit. Heute wird leider selbst dann keine Rechnung gestellt, wenn die Chaoten identifiziert wurden. Der Anspruch, alle zu erwischen, wäre zu hoch angesetzt, aber es werden auch nicht alle Vergewaltiger und Mörder erwischt. Wir würden aber trotzdem nie auf die Idee kommen, die Erwischten deswegen nicht trotzdem zu bestrafen.

Gegenvorschlag mit Makel

Die grösste Hürde für die Initiative ist wohl der Gegenvorschlag – nur schon,

weil jeder Gegner sich bei der Stichfrage für den Gegenvorschlag entscheiden wird.

Der Gegenvorschlag stellt zwar eine Verbesserung der heutigen Situation dar, ist aber so formuliert, dass er im schlechtesten Fall kaum Wirkung haben wird. Dieser fordert, dass, wer vorsätzlich einen ausserordentlichen Polizeieinsatz auslöst, für die Kosten aufkommen soll.

Den Vorsatz, sprich die Absicht, einen Polizeieinsatz auszulösen, hat jedoch auch der gewalttätigste Steinewerfer kaum und selbst wenn, ist dieser kaum zu beweisen. Deshalb möchte ich Sie alle hier insbesondere dazu aufrufen, gerade diese Schwäche des Gegenvorschlages in Ihrem Umfeld bekannt zu machen.



Debattieren statt demolieren!

Die «Anti-Chaoten-Initiative» will die Verantwortlichen für Ausschreitungen und Vandalismus bei Demonstrationen zur Kasse bitten. Es ist nicht in Ordnung, wenn die Steuerzahler für solche Schäden zur Kasse gebeten werden!

- **Chaoten sollen für die Schäden zahlen, die sie verursachen.**
Wer Fassaden verspritzt, Fenster zerschlägt und Container anzündet, soll die Haftung dafür übernehmen! Ebenso müssen Vandalen für die von ihnen verursachten Einsatzkosten der Polizei aufkommen.
- **Demonstrationen müssen bewilligungspflichtig sein.**
Es kann nicht sein, dass Hunderte illegaler Demonstranten den Verkehr lahmlegen und teure Polizeieinsätze provozieren.
- **Hausbesetzer müssen für die Kosten von Polizeieinsätzen, Räumungen und Sachschäden aufkommen.**
Wer fremde Liegenschaften besetzt, handelt illegal – dies muss geahndet werden!

Darum am 3. März
Anti-Chaoten-Initiative
sowie Gegenvorschlag des Kantonsrats
Stichfrage: Volksinitiative

2x JA

anti-chaoten-initiative.ch

Für Alle, die GROSS auffallen wollen:



Hier könnte Ihre Werbung stehen
oder an mehr als 100 anderen Standorten
Blickfänger.ch

Werbefläche buchen:

info@blickfaenger.ch
043 499 24 19

blickfänger.ch
Auffallend mobil. Auffallend günstig.



Christoph
Mörgeli

Und ewig grüsst Germania

Im «Editorial» des letzten «Sonntagsblicks» schrieb Chefredaktor Reza Rafi über die 300 000

Deutschen, die in die Schweiz gekommen seien, «um ein besseres Leben zu führen». Das habe auch akustische Auswirkungen. Denn die deutschen Zuwanderer fänden «Plätzchen» ganz «lecker», sie «parken», sie «angeln». Anzuführen wäre, dass die Liebe der Deutschen zur Schweiz auch auf unsere Dialekte abfärbt, weil mittlerweile immer mehr Schweizer etwas «bechömed» (statt «überchömed») und «d'Männer» (statt «d'Mane») auf ein «Pferd» (statt «Ross») steigen. Selbst das Unwort «Karotte» (statt «Rüebli») wurde schon gehört.

Der Chefredaktor des «Sonntagsblicks» lobte unsere direkte Demokratie, das Initiativ- und Referendumsrecht sowie den Einbezug aller gesellschaftlichen Strömungen. Das mache den deutschen Ruf nach dem Richterstaat und nach Parteiverboten ebenso unnötig wie Massenstreiks. Sogar die SVP entwickle eine integrative Kraft, indem sie die Migrationsprobleme thematisiere, sodass die Schweiz sie nicht verdrängen könne.

Doch haben die zugewanderten Deutschen Verständnis für unser besonderes politisches System? Will man dem Kommentar von Raphael Rauch im gleichen «Sonntagsblick» glauben, steht es diesbezüglich nicht zum Besten. Der deutsche Staatsbürger forderte eine Abkehr von der bisherigen Neutralität und eine Annäherung an die NATO. Er tut dies in jenem harschen Befehlston, den wir an unseren nördlichen Nachbarn so schätzen: «Vorwärts, Frau Amherd!»

Nun liege es an dieser Bundesrätin, entgegen der SVP dafür zu sorgen, «dass die Schweiz an bewaffneten NATO-Übungen teilnimmt». Hier liegt das ganze Elend: Deutsche Journalisten strömen in die Schweiz, weil sie es hierzulande dank unseren Staatssäulen besser haben. Kaum sind sie da, legen sie die Kettensäge an genau diese Staatssäulen. Laut Raphael Rauch muss Viola Amherd ihr «Charisma» für bewaffnete NATO-Kriegsspiele einsetzen. Wenn's auf ihr Charisma ankäme, müssten wir nichts befürchten. Aber Herr Rauch sollte sich überlegen, ob gewisse «Charismatiker» seinem Deutschland gutgetan haben.

ALBIGÜETLI-REDE VOM 19. JANUAR 2024

Die Welt spinnt – wir halten dagegen

Dieses Jahr hielt Dr. Christoph Blocher zum 36. und letzten Mal seine legendäre Albisgüetli-Rede. Im Zentrum der Rede von Christoph Blocher stand der Aufruf zur Bewahrung der Unabhängigkeit und der Stärken der Schweiz. Wir drucken die Rede hier in gekürzter Form ab.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Seit 36 Jahren treffen wir uns hier im Albisgüetli und beginnen das politische Jahr mit einer markanten, wegweisenden politischen Rede – parteiisch, weil wir Partei nehmen für die Schweiz ...

2024: Blick in eine verwahrloste Welt

Ein Blick in die westliche Welt – und vor allem in die EU – belehrt uns schnell: Diese Welt ist aus den Fugen geraten! Die Welt spinnt tatsächlich.

Darum heisst der Titel meiner heutigen Albisgüetli-Rede: «Die Welt spinnt – wir halten dagegen».

Nach dem Fall der Mauer zwischen Ost und West und dem Ende des Kalten Krieges beteuerten die sogenannten führenden Leute 1989, es werde keinen Krieg mehr geben. Und unsere tonangebenden Politiker haben diese Prognosen geglaubt. Und was sehen wir heute?

«Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, was wir normalen Menschen vorausgesehen hatten.»

Die Kriegsparteien kommen mir vor wie streitende kleine Kinder. Wenn eines auf das andere losschlägt und der Vater tadelnd eingreift, bekommt er sofort zu hören: «Der andere hat angefangen!» Und unverzüglich tönt es zurück: «Nein, Du hast angefangen!» Meine Antwort als Vater lautete jeweils: «Und Du hast nicht aufgehört.» Wo ist heute dieser weise Vater? Die Schweiz könnte es sein, wenn sie noch neutral wäre ...

Schauen wir aber in die EU – schon nur auf ihr wichtigstes Land: In Deutschland – dem Zahlmeister der EU – hat sich der Schuldenberg seit 1980 von 240 Milliarden Euro auf 2500 Milliarden mehr als verzehnfacht... Und in ein solches Gebilde wollen der Bundesrat, die Mehrheit des Parlamentes und auch die Wirtschaftsverbände die Schweiz treiben? Das ist nicht nur gesponnen, sondern idiotisch! ...

Und die Schweiz?

Meine Damen und Herren, weitherum wird tröstend festgestellt, es gehe der Schweiz immerhin noch weniger schlecht als dem Ausland. Es stimmt, nur sollten wir uns damit nicht zu sehr brüsten. ...

Warum? Nicht weil wir besser oder gescheiter wären, sondern weil wir eine bessere Staatsform haben. Kurz: Weil wir noch unabhängig sind und weil das letzte Wort in der Gesetzgebung beim Stimmvolk und den Kantonen liegt. Damit können die Politiker weniger Dummheiten machen. Und ausgerechnet diese Stärke will die schweizerische Obrigkeit abschaffen. Die Gefahr ist gross, dass auch die Schweiz zu spinnen beginnt. Gewiss, die Schweizer Verschuldung liegt etwas tiefer als in den anderen Ländern, ist aber auch bedrohlich zu hoch.

Die Politiker versuchen, die Schuldenbremse – eine weitere Stärke der Schweiz – zu lockern und zu umgehen. Sie suchen Tag und Nacht nach Wegen, die Steuern, Abgaben und Gebühren noch mehr zu erhöhen.

Die Linke will jetzt schnell Steuererhöhungen und das mit dilettantischen Rezepten. Der Stosstrupp ist die Juso, sie verlangt eine Erbschaftsteuer für die Reichen. Die SP, die Grünen und

die noch schwankende Mitte und GLP bilden den Hauptharst. Was wollen sie?

Die Volksinitiative fordert 50 Prozent Erbschaftsteuer für Vermögen über 50 Millionen Franken. Tönt doch gut, oder? Es seien ja nur wenige, die das trifft. Tönt doch auch gut, oder?

Doch die Initianten haben vergessen: Diese Vermögenden, die bestraft werden sollen – zum grossen Teil Unternehmer –, gehören zum obersten einen Prozent der Steuerpflichtigen, die für 40 Prozent der Steuereinnahmen aufkommen.

Eines kann ich schon voraussagen: Niemand wird diese Erbschaftsteuer bezahlen. Die Betroffenen werden dafür sorgen, dass sie entweder beim Erbgang kein 50-Millionen Vermögen mehr haben oder ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen. So oder so werden sie dann aber auch nicht mehr die jährlichen ordentlichen Steuern in der Schweiz bezahlen.

Wer kommt dann für diese fehlenden Steuereinnahmen auf? Glauben Sie, das oberste eine Prozent bezahlt noch immer 40 Prozent dieser Steuern? Nein, es sind diejenigen, die zurückbleiben. Ich meine nicht die einkommens- und vermögenslosen Studenten der Juso. Die kosten nur. Wieder einmal würde es den Mittelstand treffen. Der Mittelstand bezahlt dann, weil es keine Reichen mehr gibt, aber diejenigen, die keine Steuern bezahlen, die bleiben. Ich habe als Bauer gelernt:

«Die besten Milchkühe bringt man nicht zum Metzger, sondern man melkt sie.»

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen keine Steuererhöhungen, sondern ein Sparprogramm. Die Bundesverwaltung würde ohne Aufgabenverzicht spielend 50 Prozent der Kosten einsparen können. Ich rede hier aus Erfahrung als ehemaliger Bundesrat. Aber um dies zu erreichen, müsste geführt werden. Die solide Schweiz wird heute zunehmend von links – also sozialistisch – untergraben. In Kürze werden wir demnächst an die Urne gerufen. Natürlich wäre es schön, eine 13. AHV-Rente zu bekommen. Aber warum nur eine Dreizehnte? Besser wäre eine Vierzehnte. Ich als AHV-Bezüger nähme auch noch gerne eine Fünfzehnte. Und trotzdem müssen wir NEIN sagen. Denn als verantwortungsvolle bürgerliche Partei fragen wir: «Wer soll das bezahlen?» Wollen wir denn noch mehr Lohnabzüge, also tiefere Nettolöhne für alle, und trotzdem noch teurere Produktionskosten? Oder wollen wir höhere Steuern? Das heisst mehr Inflation und für alle weniger zum Leben? Nein und nochmals nein, meine Damen und Herren, die SVP will die AHV retten, und nicht die AHV samt dem Leben zerstören. Wenn schon, müsste man die 13. AHV-Rente mit den sinnlos verschleuderten Entwicklungshilfe- und Asylgeldern finanzieren! Aber auf das süsse Gift des Sozialismus – diese 13. AHV-Rente, mag sie noch so nach Honig und Zucker schmecken – haben wir zu verzichten. Das zum Wohle der AHV und unseres Landes.

Wie sieht es mit der Sicherheit der Schweiz aus? Die Schweiz wurde dank der bewährten schweizerischen Neutralitätspolitik vor schrecklichen Weltkriegen verschont.

«Zweihundert Jahre ohne Krieg, das soll einer nachmachen!»

Aber statt diese Stärke hochzuhalten, ergreift auch die Schweiz Sanktionen

der EU gegen eine Kriegspartei (eine Atommacht!) und wird selber Kriegspartei. Die Schweizer Obrigkeit zieht uns in Kriege hinein. Darum haben wir die Neutralitätsinitiative lanciert, meine Damen und Herren. Sie ist ein entscheidender Gegenschlag gegen die Kriegstreiber im Bundeshaus. ...

Hauptbedrohungen des Landes

Meine Damen und Herren, die Hauptbedrohungen des Landes sind nach wie vor das masslose Bevölkerungswachstum und die Preisgabe der Unabhängigkeit.

Das exorbitante Bevölkerungswachstum ist endlich zu bremsen, wie wir dies seit Jahren fordern. Diese Masslosigkeit schadet. Die exzessive Zuwanderung ist die Wurzel allen Übels. ...

Wenn im Parlament wieder nichts passiert, obwohl alle gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind, ist mit den Wahlen 2027 Remedur zu schaffen. Aber, meine Damen und Herren, dann wird es «rable». Ideen dazu habe ich bereits im Kopf.

Vorrang aber hat die Verteidigung der schweizerischen Unabhängigkeit. Aktuell heisst das: keine Kolonialverträge mit der EU.

Kampf gegen Kolonialverträge

Angefangen hat dies schon zur Zeit der ersten Albisgüetli-Tagung und setzte sich dann fort:

1991 feierte die Schweizerische Eidgenossenschaft ihren 700. Geburtstag. Und dies leider in einem desolaten geistigen Zustand. Kulturschaffende, von denen ich noch nie etwas gehört hatte, boykottierten in grossspurigen Manifesten die Feierlichkeiten. ...

Und im Jahr darauf – 1992 nach dem Ende des Kalten Krieges – feierte die Classe politique Urständ und tat alles, um die Schweiz in den EWR und in die EU zu treiben.

Doch die Obrigkeit – nicht nur die politische – hat die Rechnung ohne die Zürcher SVP gemacht. Diese trat hier im Albisgüetli-Saal als erste und einzige Partei an einer denkwürdigen kontraktatorischen Versammlung am 3. Juli 1992 an. Sie fasste überdeutlich die Nein-Parole gegen den EWR/EU-Beitritt und sprach sich damit klar für eine freie, direktdemokratische, souveräne Schweiz aus. Es war der entscheidende Schlag gegen den EWR/EU-Bei-

«Darum ist dieser Saal das moderne Rütli – Ort der Wiedergeburt der schweizerischen Freiheit und Selbstbestimmung.»

tritt. Wir EU-Beitrittsgegner mussten – wie wohl in Zukunft auch wieder – durch eine wahre Güllendusche. Wir wurden im Abstimmungskampf von der Obrigkeit, der Verwaltung, den Wirtschaftsverbänden und der Journalistenzunft – von «Blick» bis «NZZ» – verunglimpft, verdreckelt und ungläubwürdig gemacht. ... Doch es hat sich gelohnt, dass wir solche Verunglimpfungen um der guten Sache Willen ertragen haben. Das gab der SVP-Glaubwürdigkeit. Bei einer Rekordstimmteiligung von 78,3 Prozent stimmten die Mehrheit der Stimmbürger und zwei Drittel der Kantone für die schweizerische Unabhängigkeit und darum gegen den Beitritt zu EWR und EU. Ohne diesen Erfolg, meine Damen und Herren, wären wir heute Mitglied der Europäischen Union.

Doch leider werkelte die Classe politique auch nach 1992 weiter an der Preisgabe der schweizerischen Unabhängigkeit. Durch das Rahmenabkommen mit der EU. Aber der Bundesrat sah ein, dass das Schweizer Volk diesem Vertrag nie zustimmen würde und beerdigte ihn im Mai 2021 gleich selber. ... Am 15. Dezember 2023 trumpfte der Bundesrat auf: Er strebe eine Paketlösung an, nicht mehr einen Rahmenvertrag. Statt die Schweiz einzurahmen, soll sie jetzt eingepackt werden! Aber es ist genau der gleiche Kolonialvertrag. Dieser soll perfiderweise in sieben Kolonialverträge – aufgeteilt werden, wohl um die Gegner und das Schweizer Volk zu zermürben.

Wieder will man wie schon 1992 und 2021 dafür sorgen, dass künftig die EU die Schweizer Gesetze erlässt und der EU-Gerichtshof endgültig entscheidet. Das Schweizer Volk und die Schweizer Souveränität sollen ausgeschaltet werden. Dieser Schritt ist heute noch unverständlicher als 1992, denn dieser Angriff trifft heute auf eine Schweiz, die in allen Rankings obenauf schwingt. Wer Augen hat, der sehe: Man will ausgerechnet eine erfolgreiche Schweiz aufgeben, der es besser geht – oder mindestens weniger schlecht – als den anderen Ländern.

Diesen guten Zustand unseres Landes wollen jetzt Politiker aller anderen Parteien unter allen Umständen verschlechtern und zerstören. Dabei müsste schon nur ein Blick in die politisch, ökonomisch und finanziell chaotische EU genügen, um genau das Gegenteil zu tun. Nämlich die Förderung einer freiheitlichen, dauernd bewaffneten, neutralen, direktdemokratischen und eigenständigen Schweiz.

Die vollständige Rede von Dr. Christoph Blocher finden Sie auf <https://svp-zuerich.ch/agt>.



Hauptredner Dr. Christoph Blocher steht zum 36. Mal auf der Bühne des Zürcher Albisgüetli. Bild: ZVG

AUS DEM KANTONS RAT

Keine Windkraftanlagen im direkten Einzugsgebiet unserer Wohnungen und Häuser

Den grössten Teil der Ratssitzung vom Montag beanspruchte die Behandlung der dringlichen Interpellation von Kantonsrat Paul von Euw (SVP, Bauma), welche alle Mitglieder der SVP-, FDP- und der Mitte-Fraktion mitunterzeichnet haben.



Christoph Marty
Kantonsrat SVP
Zürich Kreis 10

Ausgangspunkt ist der Auftrag des Bundes an die Kantone, Eignungsgebiete für die Windenergienutzung in den kantonalen Richtplänen zu bezeichnen. So weit, so klar. Damit sind aber auch alle Klarheiten abgehakt.

Grosse Unsicherheiten

Die Kantonsratsfraktion der SVP ist geschlossen der Ansicht, dass die Kraftwerksstandorte aufs Sorgfältigste ausgewählt werden müssen. Stutzig gemacht hat uns zum Beispiel, dass die Windpotenzialstudie vom Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) Kanton Zürich vom Januar 2014 vier bis sechs mögliche Standorte für Windkraftanlagen vorgesehen hatte. Der Grundlagenbericht Windenergie Kanton Zürich vom Dezember 2022 spricht dagegen von 46 Windpotenzialgebieten. Um eine der elf gestellten Fragen zu nennen: Wie erklärt der Regierungsrat die unterschiedliche Einschätzung des Potenzials in den beiden Studien? Die Fragen beantwortete der grüne Baudirektor Neukom nicht vorab schriftlich, sondern mündlich in der Debatte, was es den Ratsmitgliedern verunmöglichlichte, sich auf die regierungsrätlichen Antworten vorzubereiten. Die votierenden Mitglieder der SVP-Fraktion kamen dennoch gut damit klar, da sie sattelfest in der Materie sind.

Vershandelte Landschaften und explodierende Strompreise

Die SVP-Fraktion ist gegen Technologieverbote und gegenüber alternativen Energiegewinnungsformen grundsätzlich offen. Dies stellte Paul von Euw in der Debatte nochmals unmissverständlich klar.

Doch müssen für uns neue Anlagen nicht nur wirtschaftlich vertretbar sein und zur Versorgungssicherheit beitragen. Auch die Eingriffe in die Natur und das Landschaftsbild sollten nicht allzu radikal ausfallen. Und genau hier liegt der Hund begraben. Auf der Grundlage einer hochvolatilen Stromproduktion, wie sie die Photovoltaik und die Windenergie auszeichnet, kann die Energieversorgung einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft niemals sichergestellt werden. Scheint die Sonne nicht und windet es nicht, gibt es keinen Strom. So muss zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zwingend eine konventionelle Kraftwerksinfrastruktur als Backup vorgehalten werden, um mit dieser bei Dunkelflauten die Strommangellagen zu überbrücken.

Um herauszufinden, was das für die Preisentwicklung für Konsequenzen haben wird, muss man kein Einstein sein. Dass Strom für die Privathaushalte zum Luxusgut werden wird, ist nur eine Seite der Medaille. Mindestens genau so negativ muss gewertet werden, dass das produzierende Gewerbe und die Industrie ihrer Konkurrenzfähigkeit beraubt werden.

Das perfekte Rezept also für wirtschaftlichen Niedergang und eine hässliche Rezession, wie es unser nördli-

ches Nachbarland bereits vorgemacht hat.

Die Haltung der SVP

Man muss sich vor Augen halten: Um die Produktionsleistung eines AKW wie Leibstadt mit fast 10 Terawattstunden/Jahr zu ersetzen, müssten tausend grosse Windenergieanlagen gebaut werden. Es fällt nicht schwer, den Umfang des Ressourceneinsatzes, der Waldrodungen und die erforderlichen Erschliessungsstrassen und -leitungen für die Anlagen abzuschätzen. Was die monströsen, bis zu 200 m hohen Türme mit den riesigen Windmühlenflügeln für Auswirkungen auf das Landschaftsbild in unserem kleinteiligen Kanton haben werden, muss jeder für sich beantworten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Windräder auf die Liegenschaften im näheren Umfeld einen negativen Einfluss auf die Wertentwicklung haben werden, wie der HEV bereits in einer Studie festgestellt hat.

Wir von der SVP-Kantonsratsfraktion kämpfen dafür, dass die Windräder wenigstens einen angemessenen Abstand von Wohnhäusern haben müssen. Das Paradoxe ist, dass die Grünen mit den Linken, den Grünlinken (GLP), bis und mit den Weichbürgerlichen in ihrer pseudoreligiösen Heilserwartung durch die alternativen Energien genau das zerstören, was sie eigentlich schützen wollen: unsere trotz immer stärkerem Siedlungsdruck immer noch weitgehend intakte Natur. Wer SVP wählt, wählt nicht nur Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen. Er wählt auch Naturschutz.



Aussicht von Ehrikon im Kanton Zürich auf einen geplanten Windpark.

Bild: Freie Landschaft Zürich

POSTULAT IM KANTONS RAT

Verständliche Sprache: Kritik aus der falschen Ecke

Dr. Der Regierungsrat hat das Postulat von Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma betreffend «Zugang und Verständlichkeit von Wahl- und Abstimmungsmaterialien und Informationen zur politischen Meinungsbildung» beantwortet. In seinem Bericht erläutert er die ergriffenen Massnahmen und weitere Schritte, um politische Texte für möglichst viele Menschen verständlich zu machen. Die Mehrheit der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) möchte das Postulat deshalb abschreiben.

Doch eine linksgrüne Minderheit gibt sich nicht zufrieden mit der Antwort des Regierungsrats. Das Niveau der Texte sei immer noch zu hoch. Diese Kritik kommt aus der falschen Ecke. Überall, wo Linksgrün das Sagen hat, z.B. in der Stadt Zürich, wird die Sprache mit allerhand Gendersternen, Doppelpunkten und Partizip-Präsens-Formulierungen («Einwohnenden») unverständlich gemacht. Die Linke verwendet gerne das Schlagwort «Inklusion», doch ihre Sprachpolitik ist ein elitäres,

antidemokratisches Projekt von linken Akademikern. Es stösst den erdrückenden Teil der Bevölkerung vor den Kopf. Als Auftragsempfänger des Volkes müs-

sen Behörden mit den Bürgern klar und verständlich kommunizieren. Dazu gehört auch, jeder linken Sprachpolitik eine Absage zu erteilen.



Verstehen Sie bei Behördentexten nur noch Bahnhof?

Bild: Bing Image Creator

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Stromversorgung mit Windkraft ... wo bleibt die Güterabwägung?



Paul von Euw
Kantonsrat SVP
Bauma

Der Kantonsrat befasste sich am vergangenen Montag mit dem Thema Windkraftanlagen im Kanton Zürich. Offiziell sind 120 Windkraftanlagen an 46 Standorten geplant, die etwa 7% des Zürcher Strombedarfs abdecken sollen. Inoffiziell sind es nun jedoch bereits 52 Standorte, welche einer nichtveröffentlichten Karte der Baudirektion mit dem Namen «Windenergieplanung Kanton Zürich, Phase 2» entnommen werden können. Es lässt sich also daraus schliessen, dass die Standorte dynamisch ausgewählt werden können und keine Gewähr besteht, dass diese nicht auch zukünftig erweitert werden. Das alles unter der Mithilfe fast aller Parteien.

Störend an der ganzen Debatte ist, dass die SVP von allen anderen Parteien wieder einmal als Verhindererpartei betitelt wird, was wir selbstverständlich nicht sind. Die SVP ist jederzeit gegenüber allen Technologien offen gewesen. Trotzdem gilt auch da der Grundsatz der Abwägung zwischen Stärken und Schwächen eines Projekts. Und bei den Windkraftanlagen kommen wir zum Schluss, dass die Schwächen überwiegen. Nicht weil Windkraft im Grundsatz eine schlechte Energieform ist, sondern weil der Kanton Zürich kein Windland ist.

Wir wehren uns gegen eine Landschaftsverhandlung und wollen die Bevölkerung des Kantons Zürich vor direkten Immissionen durch Windkraftanlagen schützen. Demgegenüber stimmt es aber auch, dass Windkraftanlagen einen minimalen Teil, ca. 3–5%, an die zukünftige Stromversorgung des Kantons Zürich beitragen würden. Deshalb fordern wir nach gründlicher Abwägung einen Mindestabstand dieser Anlagen gegenüber bewohnten Gebäuden von 1000 Metern. Ein Wert, mit welchem wir uns international im Mittelfeld der Abstände wiederfinden. Eine etablierte Grösse und keineswegs eine Verhinderung.

In diesem Zusammenhang steht sehr direkt auch die Energiediskussion. Teurer Strom, unsichere Versorgungslage, steigende Abhängigkeit vom Ausland. Alles Erfahrungen, welche die vergangenen zwei Generationen nicht kannten. Alles Erfahrungen, welche auf eine verfehlte Energiestrategie hinweisen. Alles Erfahrungen, welche uns nun schnell zum Umdenken bewegen müssen, um das Energieproblem grundsätzlich und gemeinsam anzugehen. Es braucht:

1. Aufhebung von Technologieverbotten, z. B. im Bereich der Kernkraft
2. Eindämmen der Zuwanderung
3. Bau von effizienten und leistungsfähigen Kraftwerken.

Nur so erreichen wir die Vorgaben der Bundesverfassung Art. 89 für eine sichere, ausreichende, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung.

WORTE DER PRÄSIDENTIN DER SVP STADT ZÜRICH

Schluss damit: Keine goldenen Fallschirme für Behördenmitglieder

«Goldene Fallschirme» sind ein unliebsames Phänomen, welches sich aus der Privatwirtschaft in die schweizerische Politik geschlichen hat. Gemeint sind finanzielle Entschädigungen, oftmals in beachtlicher Höhe, die eine Person erhält, welche ein Unternehmen oder eben auch die Politik verlässt. Auch in der Stadtzürcher Politik wurden in der Vergangenheit fürstliche Beträge an abtretende Politiker bezahlt, egal ob diese freiwillig nicht mehr zur Wiederwahl antraten oder nicht mehr gewählt wurden. Die Stadtzürcher SVP stellt diese Praxis mit einer eigenen Initiative am 3. März zur Abstimmung.

Wir erinnern uns: Roberto Rodriguez, damaliger Präsident der Kreisschulbehörde Uto, liess sich im eigenen Schulkreis zum Schulleiter der Schule Falletsche in Zürich Leimbach wählen. Für die nötigen Stimmen sorgte ein Gremium, das er selbst präsidierte. Dieses Vorgehen wurde stark kritisiert.

Für noch mehr Unverständnis sorgte jedoch der goldene Fallschirm für den SP-Politiker. Für den Abgang als Schulpräsident erhielt Rodriguez eine satte Abgangentschädigung von 687 131 Franken.

Kein Einzelfall

Korrekterweise rechnete Severin Pflüger, damals noch Präsident der FDP Stadt Zürich, vor, dass «über 150 Leute für seine Abgangentschädigung ein Jahr lang Steuern zahlen müssen». Ausbezahlt wurde das Ganze gestaffelt, damit weniger Steuern anfallen. Die Steuerzahler bezahlen, der Politiker kassiert und bezahlt darauf noch tiefere Steuern: Steueroptimierung à la SP.

Roberto Rodriguez ist kein Einzelfall. Die SP-Stadträtin Claudia Nielsen trat nach massiver Kritik an ihrer Amts-

führung zurück. Nicht ohne goldenen Fallschirm: Mit 856 657 Franken an Steuergeldern verabschiedete sich die SP-Politikerin.

Für die SVP der Stadt Zürich ist ein solch verschwenderischer Umgang mit den hart erarbeiteten Steuergeldern inakzeptabel. Mit der Initiative «Keine goldenen Fallschirme für abtretende Behördenmitglieder» verlangen wir eine deutliche Kürzung der Abgangentschädigungen für zurücktretende oder nicht mehr gewählte Behördenmitglieder. Abgangentschädigungen sollen, unabhängig vom Lebensalter, maximal ein Jahressalär betragen. Vom einjährigen Jahressalär sollen zudem nicht eine unüberschaubare Anzahl an Behördenmitgliedern profitieren, sondern lediglich Stadträtinnen und Stadträte. Dies gilt aber nur für die, die unfreiwillig ausscheiden. Wer freiwillig zurücktritt, soll keine Abgangentschädigung erhalten. Immerhin sei ein Rücktritt aus freien Stücken immer gut und mit genügend Vorlaufzeit entschieden. Es ist angebracht, dass man in diesem Fall keine Entschädigung erhält.

Entscheid am 3. März

Daher müssen sich die Stadtzürcher am 3. März nur eine Frage stellen: Sollen wir weiterhin mit hart erarbeiteten Steuergeldern fürstliche Abgangentschädigungen bezahlen? Der Entscheid sollte einfach fallen: Mit goldenen Fallschirmen muss Schluss sein.



von
Camille Lothe

36. ALBIGÜETLI-TAGUNG

Festspiele der Politik und der Toleranz

Der grösste politische Anlass der Schweiz beeindruckte auch dieses Jahr. Mit Leidenschaft verteidigte Christoph Blocher die Unabhängigkeit der Schweiz. Die überraschende Ankündigung von Blocher, dies sei seine letzte Rede gewesen, dominierte die Schlagzeilen.



Überraschendes Ständchen: Christoph Blocher singt zur Melodie des «Schacher Seppli». Bild: ZVG

dr. Auch dieses Jahr strömten über 1000 Besucher, geladene Gäste und Helfer ins Albisgüetli, um am grössten politischen Anlass der Schweiz teilzunehmen. Trotz der Grösse des Anlasses war die Stimmung familiär. Die Albisgüetli-Tagung hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer Art Familienfest der SVP entwickelt, wo man sich wieder sieht und austauscht. Der festliche Charakter des Anlasses soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch dieses Jahr die Politik im Zentrum stand. Nach den Absagen von Alain Berset und Viola Amherd hatte dieses Jahr Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, zugesagt, als Gegenredner zu Christoph Blocher aufzutreten.

Spitze gegen Viola Amherd

Um 19 Uhr wurde die Tagung offiziell von der Präsidentin des Organisationskomitees, Alexandra Pfister, eröffnet. Nach dem Marsch der Zürcher SVP und dem Singen der Nationalhymne betrat Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich, die Bühne. Er bedankte sich zunächst bei Pierre-Yves

Maillard für seinen Mut und bemerkte spitz, Bundespräsidentin Viola Amherd habe den Weg ins Albisgüetli leider nicht gefunden: «Lieber tigerte sie eine Woche lang am WEF in Davos umher und begrüsst Hinz und Kunz aus der ganzen Welt.» Gerne hätte Ledergerber von ihr gehört, wie sie die Sicherheit unseres Landes zu garantieren gedenke, die durch den Abbau der Armee gefährdet sei.

Ein anderes Problem sei die Bevölkerungsexplosion in unserem Lande von der der Kanton Zürich ganz besonders betroffen ist.

«Die Welt spinnt, wir halten dagegen»

Die Hauptrede hielt auch dieses Jahr und dies zum 36. Mal alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher. Er kündigte eine «parteiische» Rede an – «parteiisch, weil Partei ergreifend für die Schweiz» – und verteidigte die Einladung von Pierre-Yves Maillard, einem zweifelsohne starken Gegenredner. Die SP rede zwar von Toleranz, doch die SVP lebe sie, meinte Blocher. Man könnte ja dasselbe bei der SP probieren: Tausend SPLer hörten in Ruhe

einer Rede von Christoph Blocher über die Zuwanderung zu. Natürlich ist dieses Szenario unvorstellbar.

Den ersten Teil der Rede widmete Christoph Blocher der Lage der Schweiz in der Welt.

«Die Welt spinnt, wir halten dagegen», rief er von der Bühne und geisselte die Naivität, die nach dem Ende des Kalten Krieges geherrscht hatte. Jene, die vom ewigen Frieden gesprochen hatten, hatten Unrecht. Man höre oft, niemand habe von der Rückkehr des Krieges gewarnt. Das stimmt nicht, sagte Blocher. Die SVP habe immer dagegehalten und dafür gekämpft, unsere Armee zu erhalten.

Die Stärken der Schweiz sind infrage gestellt

Anschliessend kam Christoph Blocher auf die wirtschaftliche Situation der Schweiz zu sprechen. Sie sei noch besser als im Ausland, doch die Projekte der Linken – Steuererhöhungen und Erbschaftssteuer – gefährden die Attraktivität des Landes. Als Hauptbedrohungen für die Schweiz identifizierte Christoph Blocher die überbordende Zuwanderung und die Preisgabe der schweizerischen Unabhängigkeit. «Zweihundert Jahre ohne Krieg, das soll einer nachmachen! Aber statt diese Stärke hochzuhalten, ergreift auch die Schweiz Sanktionen der EU gegen eine Kriegspartei... und wird selber Kriegspartei.» Jeder müsse jetzt unbedingt die Neutralitätsinitiative unterschreiben, damit die nötigen Unterschriften zusammenkommen.

Angesichts der Neuauflage der EU-Kolonialverträge in der Form der sogenannten Paketlösung erinnerte Christoph Blocher an das Nein zum EWR. «Dieser Saal ist das zweite Rütli.» Im Juli 1992 hatte die SVP in diesem Saal Nein zum EWR gesagt. «Dank uns ist die Schweiz selbstständig geblieben. Ohne die SVP wäre die Schweiz in der EU», mahnte Blocher.

Letzte Rede von Christoph Blocher

Zuletzt richtete sich Blocher an die Amtsträger: «Die SVP muss wachsam bleiben und auch anfällige Personen in den eigenen Reihen stets ermahnen, dass aus der erfolgreichen SVP nicht ein Club von Karrierepolitikern wird.»

Überraschend kam die Ankündigung, dies sei seine letzte Rede am Albisgüetli gewesen. Später präzisierte er, er wolle aber weiterhin der Politik treu bleiben. Zum Abschied sang Christoph Blocher ein humoristisches Lied zur Melodie vom «Schacher Seppli». Die Stimmung war ausgelassen, aber auch wehmütig. Wie geht es weiter mit der Albisgüetli-Tagung? Man darf gespannt sein.

Gegenrede und Abschluss

Nach dem Nachtessen schritt man zur Gegenrede von Pierre-Yves Maillard.

Maillard appellierte gezielt an die Gefühle der SVPler und erzählte von seinem Grossvater, der auch Mitglied der BGB gewesen sei. Maillard versuchte darzulegen, eine 13. AHV-Rente sei mühelos finanzierbar. Auch wenn die meisten Zuhörer mit seinen Ausführungen nicht einverstanden gewesen sein dürften, hörte man seiner Rede respektvoll und ohne Zwischenrufe zu. Wahrlich ein Vorbild in politischer Toleranz!

Der Stundenzeiger zeigte schon weit über zehn Uhr, als man zur Tombola-Verlosung schritt. Auch dieses Jahr sorgte der für die Tombola verantwortliche Beno Müller für eine wunderschöne und grosszügige Tombola. Müllers Tombola ist und bleibt einzigartig und legendär! Gleichzeitig war es diesmal auch die letzte Tombola unter Benno Müllers Leitung. Nach 30 Jahren gibt der Routinier das Szepter ab. Herzlichen Dank Benno für das Geleistete!

Für viele war damit der Abend aber noch lange nicht zu Ende. Bis 2 Uhr

morgens vergnügte sich SVP-Volk und -Prominenz noch in der Après-Bar der JSVP.



OK-Präsidentin Alexandra Pfister und die Grenadiermusik Zürich führen durch den Abend. Bild: ZVG



Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich, begrüsst die Anwesenden. Bild: ZVG



Gegenredner Pierre-Yves Maillard vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Bild: ZVG

«Diese Schweiz wollen wir: Die Schwerpunkte der SVP» Sponsoren- und Gönneranlass für alle Interessierten!

Donnerstag, 1. Februar 2023

18.00 Uhr Türöffnung und Apéro
18.30 Uhr Spaghetti-Plausch
19.30 Uhr Referat Marco Chiesa
ab 20.00 Uhr Spiel und Spass

Wo?
Ristorante Da Maria
Gschwaderstrasse 123, 8610 Uster

Ständerat Marco Chiesa
Präsident SVP Schweiz

2001 wurde er in den Stadtrat von Lugano gewählt. Bei den eidgenössischen Wahlen 2019 schaffte er es als erster Tessiner SVP-Vertreter in den Ständerat. Im August 2020 übernahm er das Präsidium der SVP Schweiz als Nachfolger von Albert Rösti.

Anmeldung SVP Uster:
Präsident Daniel Schnyder
daniel.schnyder@svp-uster.ch

Herzlichen Dank! Mit Ihrer Teilnahme und einem Unkostenbeitrag unterstützen Sie die Politik der SVP Uster.

8 Windräder auf dem Stammerberg?

Sachliche Informationen Einladung zu dem geplanten Windpark auf dem Stammerberg

Datum: Mittwoch, 7. Februar 2024

Ort: Landgasthof zum Schwert, Schwertsaal Hauptstrasse 7, 8477 Oberstammheim

Zeit: 19:00 Uhr, (Einlass 18:30 Uhr), Eintritt frei (Kollekte)

Die Baudirektion des Kanton Zürich plant auf dem Stammerberg acht 220 Meter hohe Windkraftanlagen.

Herr Maletinsky, Präsident Freie Landschaft Zürich, wird uns die wichtigsten Fakten und Argumente zur Windenergie präsentieren.

Vortrag
Martin Maletinsky
(Freie Landschaft Zürich) mit anschliessender Fragerunde.

**Informieren Sie sich jetzt.
Es geht um unser Zuhause.**

Informationen:
www.freie-landschaft-zuerich.ch / karinkappeler@gmail.com

Polit-Arena

zu den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen vom 3.3.2024

Wo:
Restaurant Bahnhof Henggart

Wann:
Mittwoch, 7. Februar 2024
Start: 19.00 Uhr
Ende: Ca. 21.00 Uhr

Anschliessend Apéro offeriert von SP und SVP

Kantonale Abstimmungsvorlagen:

Anti-Chaoten-Initiative
Pro: Nationalrätin Nina Fehr Düsel, SVP
Kontra: Kantonsrätin Beatrix Stüssi, SP

Uferweg-Initiative
Pro: Kantonsrat Felix Hoesch, SP
Kontra: Kantonsrätin Marion Matter, SVP

Pistenverlängerung Flughafen Zürich
Pro: Kantonsrat Paul Mayer, SVP
Kontra: Kantonsrätin Sibylle Jüttner, SP

Eidgenössische Vorlagen:

Volksinitiativen für eine 13. AHV und für eine sichere Altersvorsorge
Pro: Kantonsrat Andreas Daurù, Co-Präsident SP Kanton Zürich
Kontra: Nationalrätin Nina Fehr Düsel, SVP

Moderation: Christina Furrer
Sekundarlehrerin und Betriebsökonomin
Präsidentin EVP Bezirk Andelfingen

Alle sind herzlich eingeladen!

WER SOLL DIE BEZAHLBAREN WOHNUNGEN ERHALTEN?

Linke möchte günstige Wohnungen für Gutverdiener

Die linksgrüne Allianz hat die Einkommensgrenzen bei günstigen Wohnungen erneut aus der Verordnung gestrichen und führt Ausnahmen bei der Mindestbelegung ein. Es geht ihr primär darum, ihre wohlhabende Klientel zu bedienen.



Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Im Jahr 2014 hat die Stimmbevölkerung das kantonale Planungs- und Baugesetz verabschiedet und angepasst, welches seit dem Jahr 2019 in Kraft ist. Die Bevölkerung wünschte eine praktikable Umsetzung des neuen raumplanerischen Instruments. Es ging darum, wer die günstigen Wohnungen erhalten sollte, die die Stadt aufgrund des Paragrafen 49b einfordert.

Für Menschen, die in Zürich eine günstige Wohnung suchen, ist es fast unmöglich, eine passende Bleibe zu finden. Hinzu kommt, dass bei der Vergabe von günstigen Wohnungen verschiedene Faktoren berücksichtigt werden, darunter auch das Einkommen.

Emotionale Debatte

Die Ratsdebatte vom vergangenen Mittwoch war äusserst emotional, weil selten eine Fraktion der linksgrünen Allianz eine Änderung ihrer Positionen vornimmt. Die Koalition aus AL, SP und Grünen kippte die Einkommenslimite im Zürcher Parlament mit 60 zu 52 Stimmen. Nun sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Besserverdienenden von günstigem Wohnraum profitieren können. Zudem entfallen die Wohnsitzpflicht und die Mindestbelegung.

Leupi hat kein Verständnis

Daniel Leupi äusserte Beunruhigung über das politische Verhalten seiner Partei. Es falle ihm schwer, zu begreifen, was in seiner Partei los sei. Er warn-



Günstige Wohnungen für Topverdiener? Siedlung Neubühl in Zürich. Bild: Wikipedia

te auch, dass wenn es keine Einkommensbegrenzungen gibt, dies denjenigen zugutekomme, die nicht auf solchen Wohnraum angewiesen seien.

Die Einkommensgrenze diene bisher dazu, Menschen erschwierlichen Wohnraum zu geben, die ihn dringend brauchen. Sie soll auch verhindern, dass jemand alleine in einer 3- oder 4-Zimmerwohnung lebt. Wenn alle von dem günstigen Wohnraum profitieren können, wird sich die Lage in den kommenden Monaten oder Jahren erheblich verschärfen. Wein trinken und Wasser predigen! Im Vordergrund geht es den Linken um die bereits wohlhabenden Wähler.

Bürgerliche Initiative

Die Bürgerlichen kritisierten, dass man gerade den ärmeren Menschen günstigen Wohnraum wegnimmt. Um der Wohnungsnot Herr zu werden, schlagen die bürgerlichen und Mitte-Parteien bestehend aus SVP, FDP, GLP und der Mitte vor, alle bestehenden Liegenschaften, die dies zulassen, um ein Stockwerk aufstocken.

Die Mehrheit der SP, Grünen und AL lehnte jedoch eine Motion mit ähnlicher Stossrichtung ab. Mittels einer Initiative, die von FDP, GLP, SVP und die Mitte getragen wird, soll nun das Stadtzürcher Stimmvolk direkt befragt werden.

BRÜSSEL ALS GESETZGEBER?

Protestierende Bauern

10 000 deutsche Bauern auf 6'000 Traktoren haben in Berlin gegen die Regierung protestiert. Zu ihnen gesellten sich auch Handwerker und Berufsleute, weil auch sie sich nicht ernst genommen fühlen. Die Bauern leiden unter Energieverteuerung, Regulierungsflut und weiteren Auflagen einer rotgrün geprägten Politik.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Zum Glück muss die Schweiz bislang die EU-Regulierungen nicht automatisch nachvollziehen.

Weiter haben hiezulande die Politiker immer das Initiativ- und Referendumsrecht im Nacken. Es ist nicht so, dass die Bürger ausser an den Parlamentswahlen alle vier Jahre nichts zu sagen hätten. Dank der direkten Demokratie wurde das teure CO₂-Gesetz vom Volk verworfen, ebenso die nicht nur für die Bauern ruinöse Pestizidinitiative und Trinkwasserinitiative. Dies alles mit guten Argumenten und einem einsichtigen Souverän.

Die Bauern sprechen eine klare, direkte Sprache: «Die Regierung soll gehen, dann gehen wir auch.» Fertig mit den bauernfeindlichen Massnahmen. Es sind anständige Bürger, beileibe keine Randalierer oder gar Kriminelle, die das fordern.

Und in der Schweiz? Bürokratische Auflagen plagten auch die hiesigen Bauern. Aber es gibt Unterschiede: Bei uns werden viele Landwirtschaftsfragen in den Parlamenten erledigt. Weil wir ein Milizsystem haben, können dort viele aktive Bauern mitbestimmen.

Bei uns geben nicht nur Berufspolitiker und Verbandsfunktionäre den Ton an, sondern auch Volksvertreter.

Am schlimmsten – auch für unsere Bauern – wäre der vom Bundesrat geplante EU-Anbindungsvertrag. Dann wäre Brüssel in der Schweiz Gesetzgeber und letztinstanzlicher Richter. Auch unsere Landwirtschaftspolitik würde dann von der EU bestimmt, denn es sind auch neue Landwirtschaftsabkommen geplant. Dann hätten wir hier ebenfalls deutsche Zustände.



Bauernproteste in München. Bild: Wikipedia

36. ALBIGÜETLI-TAGUNG

Die glücklichen Gewinner der Hauptpreise:

1. Preis: E-Bike Bulls Wild Flow EVO SL 29" im Wert von CHF 9599

Serge Subits, Zürich; gesponsert von Kurz Zollinger, Stäfa

2. Preis: Hotel Chesa Grischuna, Klosters, Gutschein im Wert von CHF 3180

Cécile Weber, Dielsdorf; gesponsert von Hans Rolf Fischer, Uitikon Waldegg

3. Preis: Ferienaufenthalt in Zermatt inkl. Helikopterrundflug im Gesamtwert von CHF 3000

Jeffrey Ferpozzi, Zürich; gesponsert von Kantonsrat Jürg Sulser, Sulser Logistik AG, Otelfingen



Der glückliche Gewinner des 1. Hauptpreises. OK-Präsidentin Alexandra Pfister, Serge Subits und Sponsor Kurt Zollinger (v.l.n.r.). Bild: ZVG



Einladung zur Schwamendinger Lichtmesse

3. Februar 2024

«100 Jahre Schwamendingen im Rück- und Ausblick mit Heiri Sulger»

Wir freuen uns auch auf den Besuch von Gemeinde-, Kantons- und Nationalräten aus verschiedenen Parteien

Wann: Samstag, 3. Februar 2024

Zeit: 14.00 – 16.00 Uhr

Wo: Ziegelhöhe, Zürich-Schwamendingen

Die Besucher sind herzlich eingeladen zu einer feinen Suppe, Wurst und Brot.

Wir freuen uns, Sie bei uns begrüssen zu dürfen.

«Steige auf den Holzbock und sage deine Meinung!»



Podiumsdiskussion

Seeufer-Initiative + Pistenverlängerung

mit NR Martin Hübscher (SVP), KR Daniel Heierli (Grüne), KR Domenik Ledergerber (SVP) und KR Hanspeter Göldi (SP)

Mittwoch, 31. Januar 2024
Restaurant Breiti, im Saal
Seebnerstrasse 21, 8185 Winkel
19.00 Uhr

Die SVP Bezirk Bülach freut sich über ihr zahlreiches Erscheinen!

Fadegrad



von
Susanne Brunner

Gendergerechter Verkehr, geht's no?

Haben wir in der Stadt Zürich ein Problem mit den Verkehrsschildern? Ja, es gibt zu viele davon! Zu viele Tempo-30-Schilder und für Gewerbler, die ausliefern müssen, zu viele Halteverbotsschilder. In Teilen der Stadt erhebt sich ein wahrer Schilderwald. Die Verkehrsschilder erfüllen indes ihren Zweck: Sie regeln den Verkehr in der Stadt und sorgen für Sicherheit der Verkehrsteilnehmer. Dies genügt der SP der Stadt Zürich offenbar nicht mehr.

Mit einem Vorstoss im Gemeinderat will die Partei die Verkehrssignalisation der Stadt «geschlechtergerecht und diversitätsbewusst» machen. Die SP schlägt vor, eine ältere Frau mit Stock, eine Schwangere oder ein lesbisches Paar auf den Hinweisschildern darzustellen, anstatt den «Mann mit Hut». Die Begründung dazu lautet, dass die ständig wiederkehrende Darstellung des «Mannes mit Hut» Geschlechterstereotypen zementiere und suggeriere, dass der öffentliche Raum vor allem den Männern gehöre. *Gaht's no? Ich finde, diese Idee hätte einen «rostigen Paragraphen» verdient!*

Ich halte den Vorschlag für absurd, unnötig und falsch. Erstens unnötig, weil die Verkehrsschilder ihren Zweck erfüllen. Eine Änderung ist nicht angezeigt. Neue Verkehrsschilder zu kreieren, wäre unverantwortlich. Denn wir würden für etwas Unnötiges Steuergeld ausgeben. Zweitens wäre es auch falsch, Verkehrsschilder divers und gendergerecht zu gestalten, denn diese müssen klar und einfach sein. Die Verkehrsteilnehmer müssen sie in wenigen Sekunden erfassen können, auch in der Nacht, bei Regen oder Schneefall. Verkehrsschilder ganz unterschiedlich zu gestalten, macht den Verkehr unsicher, denn sie wären nicht mehr einfach lesbar.

Geradezu absurd ist die Begründung, dass mit gendergerechten Verkehrsschildern die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum erhöht werde. Äxgüsi. Wir alle bewegen uns im öffentlichen Raum: Frauen, Schwangere, lesbische Paare, schwule Paare, ältere Frauen und Männer an Stöcken, Frauen und Männer mit Kinderwagen, Junge und Ältere auf E-Trottinetten, Junge und Ältere auf Velos usw. Und natürlich auch Männer. Wir alle sind im öffentlichen Raum sichtbar. Nicht erst ein Verkehrsschild bringt uns in den öffentlichen Raum. Vielmehr hantiert die Linke einmal mehr identitätspolitisch. Sie teilt die Gesellschaft in viele kleine Gruppen ein. Wollen wir das? Auf keinen Fall! Darum ist die Forderung nach geschlechtergerechten, «diversen» Verkehrsschildern ebenso abzulehnen wie der Genderstern in der Sprache. Beides spaltet die Gesellschaft, weil Unterschiede hervorgehoben, Unterschiede gepflegt werden. Wir brauchen keine Spaltung der Gesellschaft, sondern mehr vom Verbindenden, mehr vom Gemeinsamen. Nur so funktionieren wir als Gesellschaft, in der sich jeder nach seinen Möglichkeiten entfalten kann.

Kassensturz im Elfenbeinturm

Steuergelder sind von der Bevölkerung hart erarbeitet worden. Der Staat muss damit sorgsam umgehen. Das Städtzürcher Polit-Establishment verschleudert jedoch enthemmt Gelder. Das Credo ist: «Es ist ja nicht meines – sondern das Geld der anderen».



Martin Götzl
Gemeinderat SVP
Zürich

Wiederholt verrechnet

Schwindelerregende Baukran-Horizontansicht, ratternde Betonmischer, hyperrege Bautätigkeit mit exzessiven Kostenüberschreitungen. Das Kongresshaus, die Wache Nord, brandaktuell das Sportzentrum Oerlikon: Einst für Fr. 190 Mio. budgetiert, soll's nun plötzlich ein Luxus-Badetempel werden. Die neue (Ver-) Rechnung: Fr. 400 Mio. Wo bleiben Vernunft und Zweckmässigkeit?

Schulden auftürmen

Kürzlich wurde das Budget 2024 mit Fr. 10,96 Mia. verabschiedet. Vor zehn Jahren waren es noch smarte Fr. 8,4 Mia. Zudem wird 2024 neuerliches Fremdkapital von Fr. 2,1 Mia. benötigt, trotz sprudelnden Steuereinnahmen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Ohne Skrupel

Ausserdem Stadtparlamentarier, welche sich selbst bevorzugen. Jeder Gemeinderat erhält für ein ca. 20-Prozent-Arbeitspensum eine jährliche Entschädigung von ca. Fr. 15 000.

Eine Mehrheit (SP, Grüne, AL, GLP, Mitte, EVP) will sich nun selbst mehr Geld zuschanzen. Enthemmte Stimmen plädieren gar für eine Verdoppelung. Masslos. Die SVP hat dies dezidiert abgelehnt!

Freizügiges Entschädigungsregime

Wir möchten auch keine goldenen Fallschirme. Fürstliche Abgangsentschädigungen gehören abgeschafft. Stadträte und andere Behördenmitglieder er-



Hohe Abgangsentschädigungen für meist linke Politiker sorgen immer wieder für Skandale in der Stadt Zürich.
Bild: AdobeStock

halten beim Ausscheiden wegen Rücktritt, Nichtwiederwahl oder Ähnlichem eine Abgangsentschädigung. Das Entschädigungsregime der Stadt Zürich lässt aufhorchen. In den letzten 15 Jahren wurden Fr. 7,1 Mio. an 21 ehemalige Behördenmitglieder gezahlt.

Ein bedeutendes Beispiel war SP-Stadträtin Claudia Nielsen. Sie war freiwillig nicht mehr zur Wiederwahl angetreten und erhielt dafür eine Abfindung von über Fr. 850 000.

Volkspartei handelt

Eine SVP-Volksinitiative will die Abgangsentschädigungen eliminieren. Erstens, weil die Löhne der Amtsträger bereits sehr hoch sind. Zweitens, freiwilliges Ausscheiden darf keine Abgangsentschädigung nach sich ziehen. Drittens, die Behördenfähigkeit setzt eine fachliche Qualifikation voraus, aufgrund derer die Personen in die Ämter gewählt wurden. Diesen Personen ist es zuzumuten, ihre berufliche Neuorientierung zu or-

ganisieren. Die Ausnahme soll sein, dass eine Entschädigung einzig Stadträten vorbehalten bleibt. Dies jedoch nur bei unfreiwilligem Ausscheiden mit maximal einem Jahreslohn als Abgangsentschädigung.

Vorsicht, eine Falle

Mit der Abstimmung vom 3. März. 2024 wird entschieden, ob die Reduktion von Abgangsentschädigungen mit der Volksinitiative oder einem Gegenvorschlag umgesetzt wird.

Der Gegenvorschlag suggeriert, dass die Abgangsentschädigungen auf die Mitglieder des Stadtrats begrenzt werden.

Das ist eine Halbwahrheit. Denn die anderen Behördenmitglieder wie Datenschutzbeauftragte, Ombudsmann, Stadtmann, Friedensrichter und die Schulpräsidien werden zwar mit dem Gegenvorschlag aus der Verordnung für Abgangsentschädigungen entfernt, um diese dann anschliessend in die Verordnung vom Personalrecht zu überführen.

Doch damit noch nicht genug. Skandalös ist, dass zum heutigen Zeitpunkt noch unklar ist, wie grosse Abfindungen diesen anderen Behördenmitgliedern dann bezahlt werden müssen. Fazit: Man gibt vor, die Abgangsentschädigungen auf die Stadträte zu begrenzen. Durch den Hinterausgang schleust man die anderen Behördenmitglieder ins Personalrecht. Für den Souverän herrscht Verschleierung, statt Transparenz und Klarheit. Wir alle können dem frivolen Establishment am 3. März 2024 eine gelbe Karte zeigen. Das Verdikt: Verschleuderung von Steuergeld.

Quellen austrocknen

Seit Jahren fordern wir eine Steuerfuss-Senkung. Der freizügigen Wohlstandsregierung muss das Geld entzogen werden. Ansonsten wird es verschertelt. Denn der Staat kann kein Geld verteilen, wenn er keines hat. Er kann nur umverteilen: Was er den einen gibt, muss er anderen wegnehmen.

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Abbau von Parkplätzen – nicht mit uns!

Stadt- und Gemeinderat Dübendorf wollen Parkplätze mitten in Dübendorf aufheben. Die SVP Dübendorf wehrt sich mit einer Volksinitiative dagegen.



Patrick Walder
Kantonsrat SVP
Dübendorf

Im Dezember berichtete Gemeinderat Paul Steiner (SVP Dübendorf) über das Vorhaben des Stadtrats und erläuterte in seinem Artikel, dass die Dübendorfer Linke das Gleiche bereits zweimal erfolglos versuchte. Beide Male scheiterte sie damit im Gemeinderat.

Schon mehrmals gescheitert

Der erste Versuch erfolgte 2015. Der Stadtrat informierte am 20. November 2015, dass die Parkplätze beim City Center aufgehoben werden sollen. Die SVP reichte daraufhin das Postulat «Parkplätze am Adlerplatz müssen bleiben» ein. Das hinderte den Stadtrat nicht, CHF 140 000 für sein Vorhaben im Budget einzustellen. Der von der SVP eingebrachte Streichungsantrag fand eine Mehrheit und der Betrag wurde an der Sitzung vom 7. Dezember 2015 aus dem Budget gestrichen.

2022 wurde das Vorhaben von der GLP wiederbelebt. Sie lancierte das Postulat «Park im Zentrum». Diesem sollten selbstredend alle Parkplätze zum Opfer fallen. Das Postulat wurde an der GR-Sitzung vom 7. März 2022 mit den Stimmen der SVP, FDP und Mitte abgelehnt und sofort abgeschrieben.

Abstimmen lassen, bis es durchkommt

Wer glaubte, dass das eindeutige Verdikt akzeptiert würde, sah sich eines Besseren belehrt. Im Budget 2024 wurden CHF 150 000 mit dem Zweck: «Adlerplatz Umgestaltung (Aufhebung PP)» eingestellt.

An der Budgetversammlung vom 11. Dezember 2023 stimmte das Parlament dem erneuten Antrag des Stadtrats mit 20:19 Stimmen knappst möglich zu und damit gegen den Streichungsantrag der SVP. Das überraschende Ergebnis war Folge einer gespaltenen FDP. Noch während der Debatte kündigte die SVP an, dieses Zufallsdekret mittels Volksinitiative zu bekämpfen.

Volksinitiative der SVP

Diese Ankündigung wurde von der SVP unverzüglich umgesetzt und die Initiative «Parkplätze auf dem Adlerplatz müssen erhalten bleiben» liegt bereits beim Stadtrat zur Vorprüfung. Unterstützung erhält die SVP vom Gewerbe-, Handels- und Industrieverein GHI sowie Vertretern der Parteien Die Mitte, FDP, EVP und Aufrecht.

Den beliebtesten und bestfrequentierten Parkplatz im Zentrum von Dübendorf zum Verschwinden zu bringen, ist gelinde gesagt eine Schnapsidee. Auf einen Mini-Park an dieser Stelle hat niemand gewartet. Die Geschäfte und die Gewerbetreibenden im Citycenter und in der Marktgasse sind auf diese Parkplätze angewiesen und profitieren

davon. Der hilflose Hinweis auf die beiden Tiefgaragen in der Nähe verfängt nicht. Aus der Tatsache, dass viele Autofahrer lieber minutenlang auf einen freien Aussenparkplatz warten, als einen Tiefgarage-Parkplatz anzusteuern, kann man ermesen, wie beliebt diese Parkplätze sind. Auch sind Gewerbetreibende, die mit Kleinlastern und Lieferwagen parkieren wollen, darauf angewiesen, da ihre Fahrzeuge nicht in die Tiefgaragen passen.

Ideologische Verkehrspolitik von Links

Gerade in der Verkehrspolitik erkennen wir in Dübendorf, dass der Stadt-

rat immer mehr ideologische linke Ideen übernimmt und forciert. Damit vertritt er den Willen der Wählerschaft nicht.

Diese hat von der Zusammensetzung her eigentlich einen bürgerlichen Stadtrat bestellt (1 x SVP, 2 x GLP, 1 x SP, 1 x FDP, 2 x Die Mitte). Die Feststellung, dass viele Politikerinnen und Politiker nicht das tun, was sie vor den Wahlen versprechen, ist leider nichts Neues.

Gut, dass es in der Schweiz auch auf Gemeindeebene das Recht der Volksinitiative gibt. So kann die SVP immer wieder dafür sorgen, dass sich die Dübendorferinnen und Dübendorfer gegen unerwünschte Massnahmen wehren können. Die nächste Chance erhalten sie mit der Initiative zum Adlerparkplatz.



Die Aufhebung von Parkplätzen im Stadtzentrum von Dübendorf ist politisch umstritten.
Bild: Adobe Stock

JAVIER MILEIS EINZIGARTIGE WEF-REDE

Der Staat ist nicht die Lösung, sondern das Problem

Das WEF ist meistens langweiliger, als viele Medien uns weismachen wollen. Ausnahme war Javier Milei, der neue Staatschef von Argentinien, mit seinem eigentlichen, rhetorischen Feuerwerk.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH

Man muss nicht alles gut finden, was der Populist Javier Milei veranstaltet. Aber seine enthusiastische Rede am WEF zeigt, wie viel er uns zu sagen hat.

Privilegien der politischen Klasse

Milei gab sich in Davos als überzeugter Kapitalist zu erkennen. Nur der Kapitalismus könne die Armut abschaffen. Aber die westliche Welt sei in Gefahr. Immer mehr Politiker tendierten zum Sozialismus. Milei weiter: «Der Staat ist nicht die Lösung, der Staat ist das Problem! Lasst euch nicht einschüchtern von einer politischen Klasse, deren einziges Ziel es ist, ihre Macht und ihre Privilegien zu erhalten!»

Schädlicher Geist des WEF

Milei betonte, wie sehr er aus eigener Erfahrung spreche. Sein Land befindet sich heute in einem katastrophalen Zu-

stand, weil es den kollektiven sozialistischen Weg, den Davos seit Jahren predigt, beschritten habe. Das früher reiche Argentinien sei dadurch bei der weltweiten Wirtschaftskraft auf Platz 140 abgestürzt. Die Landeswährung Peso sei völlig wertlos geworden.

Jeder Staatseingriff öffne dem Sozialismus Tür und Tor, warnte der neu gewählte argentinische Präsident. «Sozialismus führt immer und überall zu Armut. Überall ist er gescheitert.» Vor der versammelten Elite in Davos kritisierte er deren Agenda 2030, in der es über die Menschen heisst: «Du wirst nichts besitzen, aber glücklich sein.» Milei hält das für puren Sozialismus: «Ich bin heute hier, um Ihnen zu sagen, dass der Westen in Gefahr ist.»

Kurz nach seiner Wahl hatte Milei radikale Reformen in seinem Land angekündigt. Unter anderem will er Staatsbetriebe privatisieren und die Zentralbank abschaffen sowie den argentinischen Peso durch den Dollar ersetzen.

Feministen schaden Wirtschaftswachstum

«Die radikale Agenda der Feministen wirkt sich negativ auf das Wirtschafts-

wachstum aus», sagte Milei weiter in seiner WEF-Rede. Eine libertäre Haltung beinhalte ja grundsätzlich Geschlechtergerechtigkeit. Den Kampf der Geschlechter nennt er dagegen «lächerlich».

Jeder kriegte bei Mileis Rede sein Fett ab. Ob der Libertäre nochmals ans WEF eingeladen wird? Daran ist zu zweifeln, denn die WEF-Macher waren nach der Wutrede Mileis sichtlich geschockt.

Die Rede von Javier Milei in englischer Übersetzung finden Sie auf <https://www.youtube.com/watch?v=Pfcd0gWNlog>.



Parallelen zur Schweiz

Dr. Die internationale Entwicklung Richtung Sozialismus findet auch in der Schweiz statt. Nach der SVP-Kadertagung in Bad Horn (TG) rief die SVP Schweiz zur Einschränkung des Staatswachstums auf und stellte drei Forderungen auf:

1. Senkung der Staatsausgaben um mindestens 10 Prozent in jenen Bereichen, die in den letzten zwanzig Jahren am stärksten angestiegen sind: Entwicklungshilfe, Asyl, Kultur, Sozialstaat und Bundespersonal.
2. Strikte Einhaltung der Schuldenbremse – Nein zu den geplanten Tricksereien der Mitte-Links-Parteien.
3. Kampf gegen die linke Unterwanderung der Verwaltung, Medien, Bildung und NGOs.



Der argentinische Präsident Javier Milei ist das Schreckgespenst der linksliberalen Elite.
Bild: Ilan Berkenwald (Flickr.com)

MEDIENMITTEILUNG VOM 17. JANUAR 2024

Stadtrat Andreas Hauri nimmt über 5100 Unterschriften für mehr Alterswohnungen entgegen

In der Stadt Zürich fehlen tausende Alterswohnungen. Dieser Missstand stellt den Generationenvertrag infrage, da ältere Mitbürger auf der Strecke bleiben. Das Komitee «Endlich mehr Alterswohnungen» hat deshalb eine Volksinitiative gestartet und innert kurzer Zeit über 5100 Unterschriften gesammelt. Stadtrat Andreas Hauri (GLP) nahm heute die Unterschriften entgegen.

Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und diese exzellent ausführen. Dies ist heute leider nicht so. Viele staatliche Aktivitäten sind unnötig und teuer. Doch grundlegende Aufgaben wie eine sichere Altersvorsorge bleiben je länger, je mehr auf der Strecke. So auch bei den Alterswohnungen. Aktuell warten rund 6900 Personen auf eine solche Unterkunft.

Deshalb verlangt das Komitee «Endlich mehr Alterswohnungen» mit einer Volksinitiative, dass in städtischen Liegenschaften ein Anteil von 20 Prozent Alterswohnungen entstehen soll. Wohnbauexperte Reto Brüesch sagt dazu: «Unsere Volksinitiative fordert nicht mehr Staat, sondern eine bessere Zuteilung von bestehenden staatlichen Leistungen.» Altersvorsorge ist eine zen-

trale Staatsaufgabe. Dazu gehört auch, dass es für Stadtzürcher möglich sein muss, in der Stadt Zürich eine Alterswohnung finden zu können. Die Stimmregisterzentrale prüft nun die Gültigkeit der eingereichten Unterschriften. Für das Zustandekommen sind 3000 gültige Unterschriften notwendig. Bei der Anzahl von über 5100 eingereichten Unterschriften kann heute schon festgehalten werden, dass die Volksinitiative zustande gekommen ist.



Die Initianten reichen die Unterschriften für die Volksinitiative ein. Bild: ZVG

Mehr Informationen auf <https://alterswohnungen-ja.ch/>



JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

> neutralitaet-ja.ch

SVP-FRAKTIONSERKLÄRUNG IM STADTPARLAMENT WINTERTHUR

Die SVP fordert mehr Wertschätzung für die Stadtpolizei

Die SVP-Fraktion im Stadtparlament Winterthur fordert mehr Wertschätzung für die Stadtpolizei. Vor zwei Wochen konnte dem Winterthurer «Landboten» entnommen werden, dass die Stadtpolizei den Essensständen in der Altstadt die Bewilligung entzogen hat. Betroffene Geschäftsinhaber haben gegen diesen Entscheid allein an einem Tag 100 Unterschriften gesammelt und dann medialen Druck erzeugt. Bereits am Montagmittag um zehn vor zwölf teilte Polizeivorsteherin Katrin

sich hinter die Mannschaft zu stellen und sorgfältig zu analysieren, was allenfalls schief gegangen ist, versucht die Polizeivorsteherin ihren Kopf zu retten und kritisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen Entscheid, der vorher mit verschiedenen Interessengruppen diskutiert worden ist.

Die SVP fragt sich, wie der neue Polizeikommandant unter solchen Umständen einen Kulturwandel anstossen und einen neuen Führungsstil einführen soll. Wenn er und seine Mitarbeiter von der eigenen Stadträtin öffentlich desavouiert werden?

Die Stadtpolizei versucht händeringend, den Unterbestand in der Mannschaft zu reduzieren. Aber Imagefilme, «WintiCops» und Anpassungen bei der Körpergrösse und dem Höchstalter bei der Rekrutierung helfen kaum, wenn die Wertschätzung für die Arbeit fehlt.

Helfen würde vor allem ein anständiger und respektvoller Umgang mit den Männern und Frauen, die für die Winterthurer Sicherheit zuständig sind. Einen menschlicheren Umgang verlangt auch der Administrativbericht zu den Suiziden in der Quartierpolizei.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei haben eine bessere politische Führung und mehr Wertschätzung verdient.

Die SVP bittet den Gesamstadtrat, Verantwortung zu übernehmen und dafür zu sorgen.

«Aber Imagefilme ... helfen kaum, wenn die Wertschätzung für die Arbeit fehlt».

Cometta mit, der Bewilligungsentzug werde rückgängig gemacht, da die Rechtsgrundlagen nicht genügen. Und – sie habe vom Entscheid der Stadtpolizei nichts gewusst.

Es fällt der SVP schwer, zu glauben, es seien bei diesem sogar für Laien erkennbar brisanten Thema keine Informationen geflossen.

Sollte die Polizeivorsteherin tatsächlich nichts gewusst haben, so ist der Faden zwischen der Polizeivorsteherin und der Stadtpolizei offensichtlich immer noch gerissen. Es scheint, dass das Dach gebrannt hat und die Kernbotschaft «ich bis nid gsi» möglichst schnell verschickt werden musste. Statt

LESERBRIEF

NEIN zur Initiative für eine 13. AHV-Rente!

«Volksinitiative für ein besseres Leben» (für eine 13. AHV-Rente), so der offizielle Text. Tönt doch gut, wer kann schon dagegen sein? Wir alle wünschen doch, wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter ein besseres oder gutes Leben haben!

Stimmt, 20 % unserer AHV-Bezüger leben am Existenzminimum oder darunter. Gerade dieses soll in den niedrigen Lohnklassierungen korrigiert werden. Aber mit dieser Initiative wird das Problem nicht gelöst, schon gar nicht mit dem Giesskannensystem!

Vom Kleindienner bis zum Goldküsten-Millionär, von der tiefsten Rente bis zur höchsten Rente. Alle erhalten ca. 8,3 % mehr. Jeder soll sich die Rechnung selber machen. Die 13. AHV, über die wir am 3. März abstimmen, kostet über fünf Milliarden Franken im Jahr! Wer soll dies bezahlen?

Lohnprozente wie auch Mehrwertsteuer müssten erhöht werden, wobei diese einmal mehr die Kaufkraft senken würde. Wir alle zahlen an diesem grossen Brocken, unsere Kinder, Enkel, die arbeitende Bevölkerung! Den Niedrigverdienern tun die allmonatlichen Abzüge am meisten weh. Dem Goldküsten-Verdiener tut dies nicht weh. Ebenso würden die knapp eine Million Rentenbezüger, die im Ausland fürstlich mit der Schweizer AHV leben, profitieren!

Einmal mehr wird Geld ins Ausland bezahlt und die eigene Bevölkerung wird vergessen!

Darum ist diese Initiative abzulehnen. Es sind wirklich nur die zu unterstützen, die es auch nötig haben!

Heidi Hunziker-Kaiser,
Uster

LESERBRIEF

Gendergerechte Beschriftungen

Aus aktuellem Anlass, aber vor allem provoziert von sich selbst bemitleidenden, überlasteten und stets nach höheren Entschädigungen lechzenden Hinterbänklerinnen des Gemeinderates unserer Zürcher Hauptstadt, frage auch ich mich, warum denn nur es sich Parlamentarierinnen antun, sich mit Problemen zu beschäftigen, die gar keine sind.

Momentan wurden/werden landesweit die Wanderwegweiser neu beschriftet, wohlverstanden mit ganz gewöhnlichen, berucksackten Männlein- und Weiblein-Sujets. Also keine hochschwangeren Frauen etc. Könnte mir nun gut vorstellen, dass bereits in Bälde auch auf den Behördentischen und Amts-

stuben der Zürcher Landschaft solche Ansinnen in gendergerechter Richtung landen werden und diese zweifellos in linksgrün dominierten Gemeinden tiefgründig und nachhaltig, wie man heutzutage so nett zu sagen pflegt, studiert und analysiert werden. Möglicherweise wird man für diesen Blödsinn sogar noch Expertisen bemühen und juristische Gutachten in Auftrag geben, um abzuklären, ob hierfür der Bund, der Kanton oder die Gemeinde zuständig sein soll. Oder möge – wie es schleichend Usus wird – die Stadt Zürich unser Vorbild sein und bleiben!

Heinz Sommer,
Uster

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen/Stammheim
Freitag, 26. Januar 2024, 18.30 Uhr, Fondue im Freien, Weinbau Keller, Hauptstrasse 2, Waltalingen, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Weitere Infos und Anmeldung unter bruno.sdovc@bluewin.ch.

Mittwoch, 7. Februar 2024, 18.30 Uhr, Vortrag zum Thema «Windpark auf dem Stammerberg», Landgasthof zum Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Martin Maletinsky, Freie Landschaft Zürich.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 11. Februar 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Bülach/Winkel
Mittwoch, 31. Januar 2024, 19.00 Uhr, Podium Seeufer-Initiative und Pistenverlängerung, Restaurant Breiti, Seebnerstrasse 21, Winkel, u.a. mit Nationalrat Martin Hübscher und Parteipräsident Domenik Ledergerber.

Bezirk Horgen/Wädenswil
Freitag, 2. Februar 2024, 19.30 Uhr, Parteiversammlung, Wirtschaft Neubüel, Alte Zugerstrasse 26, Wädenswil, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel sowie den Kantonsrätinnen Christina Zurfluh und Sandy Bossert.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Samstag, 3. Februar 2024, 18.00 Uhr, Raclette-Abend, Holzwarenfabrik Walter Nef, Im Holderbaum 1, Bauma, mit Nationalrat Martin Hübscher, Kantonsrat Paul von Euw und alt Bundesrat Ueli Maurer. Weitere Infos und Anmeldung unter m.burkhalter@eximha.ch.

Stadt Zürich/Kreis 1 und 2
Mittwoch, 7. Februar 2024, 19.00 Uhr, Referat und Podium zur Uferinitiative, Zunfthaus zur Waag, Münsterhof 8, Zürich, u.a. mit Parteipräsident Domenik Ledergerber. Anmeldung unter <https://nein-uferinitiative.ch/referat-und-kontradiktorisches-podium/>.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Mittwoch, 7. Februar 2024, 18.30 Uhr, Podium zur Anti-Chaoten-Initiative, Pfarrei St. Josef, Röntgenstrasse 80, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 6
Samstag, 3. Februar 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Rigiplatz, Zürich.

Samstag, 10. Februar 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 17. Februar 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Rigiplatz, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Samstag, 3. Februar 2024, 10.30 – 12.30 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich.

Samstag, 10. Februar 2024, 10.30 – 12.30 Uhr, Standaktion, Zentrum Witikon, Witi-konerstrasse 279, Zürich.

Samstag, 17. Februar 2024, 10.30 – 12.30 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

Samstag, 24. Februar 2024, 10.30 – 12.30 Uhr, Standaktion, Zentrum Witikon, Witi-konerstrasse 279, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 27. Januar 2024, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Alstetten.

Samstag, 10. Februar 2024, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Alstetten.

Samstag, 17. Februar 2024, 09.00 – 11.00 Uhr, Standaktion, beim Albsriederhaus, Zürich-Albsrieden.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Herzliche Einladung zum traditionellen Winterabend
in der Holzwarenfabrik Walter Nef, Im Holderbaum 1, Bauma
Samstag, 8. Februar 2024, ab 18.00 Uhr

Raclette-Festival mit Baumer Gewerbebetrieben unter dem Motto «Made in Bauma»

Baumer Betriebe präsentieren ihre Einzigartigkeit.

Distillerie Heimat, Elvira Müller-Ziegler mit ihren hochprämierten Produkten
STOKYS, wer kennt sie nicht, die zeitlosen Metall-Spielwaren

Dazu einige kurze Gedanken zur politischen Lage von:
Martin Hübscher, Nationalrat
Ueli Maurer, a. Bundesrat
Paul von Euw, Kantonsrat

Liebe SVP-Mitglieder

Auch in diesem Jahr bieten wir einem breiten Publikum einen abwechslungsreichen und interessanten Abend. Gerne nutzen wir jeweils auch die wichtige Chance, die Vernetzung zwischen der Bevölkerung, dem Gewerbe und der Politik zu pflegen. Der Vorstand der SVP Bauma würde sich wiederum über deine Teilnahme sehr freuen. Natürlich freuen wir uns auch über eure Begleitung, interessierten Personen, Freunde und Nachbarn.

Ein Unkostenbeitrag von CHF 45.– pro Person für Apéro, Raclette à Discretion, Dessertbuffet und alkoholfreie Getränke wird vor Ort einkassiert. (Alkohol wird separat abgerechnet)
Anmeldeschluss: 29. Januar 2024

Anmeldung: Manuela Burkhalter
Lipperschwendi 45
8494 Bauma
079 543 39 59 WhatsApp
m.burkhalter@eximha.ch

Name: _____ Anzahl Personen: _____

Die nächsten Termine: Generalversammlung SVP Bauma, 5. März 2024
Ausflug SVP Bauma zu Toni Brunner ins Haus der Freiheit, 14. Juni 2024
1. August Feier Bauma, 1. August 2024

Nachhaltigkeits-Initiative

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das will die Initiative erreichen:
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Jetzt Volksinitiative unterschreiben nachhaltigkeitsinitiative.ch

Spendenkonto:
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0
IG Nachhaltigkeitsinitiative

10 Millionen